

Lohnoffensive 2017

Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, wirtschaftlicher Erfolg. Eckpunkte für eine Kehrtwende in der Lohnpolitik

Eine aktuelle Studie der Europäischen Zentralbank von Anfang April zeigt: In keinem anderen Staat in der Eurozone, außer den Niederlanden, klappt die Verteilung der privaten Vermögen so weit auseinander wie in Deutschland. Deutschland ist Vize-Europameister der sozialen Ungleichheit. Diese Entwicklung ist hausgemacht. Deutschland verzeichnet seit der Jahrtausendwende eine negative Lohnpolitik. Mit der Deregulierung des Arbeitsmarktes hat Rot-Grün die Schutzzäune vor prekärer Beschäftigung niedrigergerissen. Die Hartz-Reformen haben den Druck auf die Arbeitseinkommen verstärkt. Immer mehr Beschäftigte sind von Mini-Jobs, kurzfristiger Beschäftigung, Leiharbeit, (erzwungener) Teilzeitarbeit und Werkverträgen betroffen. Diese fatale Entwicklung hat sich in die betriebliche Realität hineingefressen. Die Spaltung ganzer Belegschaften führt dazu, dass es den Gewerkschaften zunehmend schwerfällt, tarifliche Standards zu halten. Diese Politik gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat zu einer massiven Umverteilung zu Gunsten der Kapitaleseite geführt.

Deutlich wird diese Entwicklung an der Lohnquote: Im Jahr 2000 lag der Anteil der Erwerbseinkommen am gesamten Volkseinkommen noch bei 72,1 Prozent. Bis 2007 fiel sie auf einen historischen Tiefststand von 63,2 Prozent - der niedrigste Wert seit den 1970er Jahren. Trotz Erholung lag sie 2012 mit 68 Prozent immer noch 4 Prozentpunkte unter dem Wert des Jahres 2000. Die Umverteilungseffekte zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen summierten sich mittlerweile auf rund 80 Milliarden Euro. Geld, das nicht nur den Beschäftigten und ihren Familien fehlt, sondern auch den sozialen Sicherungssystemen und dem Konsum entzogen wurde. Real haben die deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Abzug der Inflationsverluste 2012 im Schnitt rund 2 Prozent weniger Lohn und Gehalt in der Tasche als zur Jahrtausendwende. Die deutsche Lohnschwäche koppelt immer mehr Beschäftigte vom Wohlstandszuwachs ab. Sie spaltet die Gesellschaft, gefährdet den sozialen Zusammenhalt und schwächt die Binnennachfrage nach Gütern und Dienstleistungen.

Die realen Einkommensverluste der Beschäftigten als Folge des deutschen Lohndumpings haben zudem dramatische Konsequenzen für die ökonomische Stabilität Europas: Allein in den vergangenen 13 Jahren sind Außenhandelsüberschüsse von fast 1,45 Billionen Euro aufgelaufen. Eine allein auf den Export fixierte Wirtschaftspolitik ist vor dem Hintergrund der Rezession im europäischen Wirtschaftsraum extrem gefährlich. Fest steht: Deutschland hat die Stabilitätsvorgaben für ein ausgeglichenes Wachstum in einer Währungsunion

mutwillig und systematisch unterlaufen und damit entscheidend zur Eurokrise beigetragen. Klar ist: Nicht die anderen haben über ihre Verhältnisse gelebt. Das Gegenteil ist der Fall: Deutschland hat unter seinen Verhältnissen gelebt!

Die soziale Spaltung in Deutschland wird so zum sozialen Sprengsatz für Europa. Nur kräftige Einkommenszuwächse können die Abhängigkeit von der Auslandsnachfrage zurückdrängen und die Binnennachfrage stärken. Das nützt den Menschen in unserem Land - und in Europa. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wollen wir, die Spaltung am Arbeitsmarkt überwinden, die Einkommenssituation der Beschäftigten spürbar verbessern und so Millionen von Menschen von Sozialtransfers befreien. So können sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen geschaffen werden, die ein auskömmliches Leben ermöglichen.

Wir wollen den Trend nicht nur aufhalten, sondern umkehren!

DIE LINKE will deshalb mit einem Fünf-Punkte-Programm die Lohnbremsen im Arbeits- und Sozialrecht lösen. Deutschland soll vom Lohndrücker zum Lohnerhöhungs-Europameister werden. Wir wollen eine Kehrtwende in der Lohnpolitik, die sich an einem messbaren Ziel ausrichtet. Die Reallöhne sollen bis zum Ende des Jahres 2017 um 10 Prozent steigen. Wir wollen den Einstieg in einen nachhaltigen Pfad der Lohnsteigerungen. Mit einem Bündel von Maßnahmen wollen wir erreichen, dass die Lohnquote bis zum Ende des Jahrzehnts wieder den Stand der Jahrtausendwende erreicht:

1) Wir wollen umgehend einen **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde** einführen. Acht Millionen Beschäftigte könnten davon auf einen Schlag profitieren. Ihre Einkommen würden so um 26 Milliarden Euro steigen. Damit erhöht sich nicht nur die Kaufkraft in der Bundesrepublik, dadurch stabilisiert sich zugleich die finanzielle Grundlage der Sozialversicherungssysteme. Der Mindestlohn soll jährlich durch eine Kommission aus Vertreterinnen und Vertretern von Gewerkschaften, Arbeitgebern und wissenschaftlichen Institutionen festgesetzt werden. Und zwar unter Beachtung eines gesetzlichen Rahmens, der mindestens eine Anpassung in Höhe der Inflationsrate und ein Verbot sittenwidrig niedriger Löhne vorsieht, bei denen der Staat zwangsläufig Lohn- und Rentenzuschüsse aus den Sozialkassen leisten muss. Bis zum Ende der Wahlperiode sollte der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro steigen.

2) Wir wollen den Tarifvorbehalt im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz ersatzlos streichen, damit in der Leiharbeit „**Equal Pay**“ und „**Equal Treatment**“ ab dem ersten Einsatztag gelten. Darüber hinaus wollen wir für Leiharbeiter/-innen nach französischem Vorbild eine Flexibilitätsprämie in Höhe von 10 Prozent vom Bruttolohn einführen. Die Überlassungsdauer ist zu begrenzen, so dass der Begriff „vorübergehend“ gesetzlich definiert und eine Verdrängung von Stammbeschäftigung verhindert wird.

3) Wir wollen die Möglichkeit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen ersatzlos aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG) streichen. Dadurch soll die **ausufernde Befristung von Arbeitsverhältnissen zurückgedrängt** werden.

4) Um die **Tarifbindung zu erhöhen**, wollen wir die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen

deutlich erleichtern. Künftig soll dafür der Antrag einer Tarifvertragspartei ausreichen. Um die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu stärken fordern wir, das Streikrecht zu verbessern und ein **Verbandsklagerecht** einzuführen. Die Gewerkschaften können so die Einhaltung von Tarifverträgen endlich gerichtlich durchsetzen.

5) Wir wollen **Arbeitgebern, die prekär beschäftigen** (befristete Jobs, Löhne unterhalb der Niedriglohnschwelle, Leiharbeit, Mini-Jobs), grundsätzlich den doppelten Beitrag zu den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung abverlangen. Den Missbrauch von Werkverträgen wollen wir durch gesetzliche Regelungen verhindern. Bei der Vergabe von Werkverträgen muss künftig die Zustimmung des Betriebsrats eingeholt werden. Für Mini-Jobs soll ab dem ersten Euro die volle Versicherungspflicht gelten.